Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Donnerstag, den 19. August 1920 · Nummer 339 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4602, 4655, 4849, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bruch der Neutralität

Polizeiliche Hilfe für Polen

Unsere in der Morgenausgabe vom Mittwoch veröffentlichte Nachricht vom Abschub polnischer Staatsangehöriger militärpflichtigen Alters aus Kattowitz nach Polen wird uns nunmehr aus Kattowitz direkt bestätigt. Die zwangsweise Abreise der Verhafteten erfolgte allerdings nicht, wie wir berichteten, auf der Eisenbahn, sondern in Lastautos. Die Verhaftungen erfolgten am Dienstag vormittag bei einer Razzia, die von Mannschaften der deutschen Sicherheitswehr und von deutschen Polizeibeamten unter der ärmeren jüdischen Bevölkerung in Kattowitz vorgenommen wurde. 1000 bis 1500 Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert, dort erfolgte die Prüfung der Pässe durch deutsche Beamte unter Aufsicht von französischen Offizieren. Deutsche Pässe und Aufenthaltsausweise wurden seltsamerweise nicht als gültig anerkannt. Die Verhafteten erklärten fast sämtlich, sie seien Deserteure, die sich der Aushebung in Polen entzogen hätten. Eingeteilt wie das Vieh wurden die Menschen auf Lastautos über Myslowitz zur polnischen Grenze und ins polnische Gebiet hinein abgeschoben. Etwa 12 Lastautos waren notwendig, um das Werk zu verrichten.

Durch diese Nachricht wird unsere Meldung nicht nur bestätigt, sondern es wird auch damit unsere Frage beantwortet, ob die Maßregel mit oder ohne Kenntnis und Duldung der deutschen Behörden vollzogen worden sei. Es steht nunmehr einwandfrei fest, daß das ganze Verfahren von den deutschen Behörden vorbereitet und durchgeführt worden sei. Menschenfreunde, die sich für das Schicksal der Mißhandelten interessierten, bemühten sich, den Polizeipräsidenten zu sprechen, um ihn zum Einschreiten gegen die Maßregel zu veranlassen. Der Polizeipräsident jedoch zog es vor, unerreichbar zu bleiben. Auch das bestätigt den Verdacht, daß die Polizeibehörde, wenn nicht gar als Urheberin, so doch als ausführendes Organ bei diesem Bruch der Neutralität tätig war.

Es hat den Anschein, als ob für diesen Gewaltstreich der Dienstag gewählt worden ist, weil infolge des allgemeinen Proteststreiks eine telephonische Verbindung mit auswärts und damit eine Meldung des Vorfalles an die Zentralbehörden unmöglich war.

Von diesen aber, von der Regierung in Preußen und im Reiche, erwarten wir schleunige Aufklärung über diese Greueltat. Wir erwarten, daß die beteiligten Beamten schnellstens und in strengster Weise zur Rechenschaft gezogen werden, und daß an den zurückgelassenen Familien der Abgeschobenen sofort nach Möglichkeit wieder gutgemacht wird, was an den Abgeschobenen gesündigt wurde.

Die Ereignisse in Kattowitz

TU. Kattowitz, 19. August.

Der Telegraphen-Union wird zu den hiesigen nationalistischen Unruhen noch folgendes gemeldet: Von den im Hotel „Deutsches Haus" verhafteten 17 Personen wurde einer an Ort und Stelle sofort standrechtlich erschossen, weil er sich gegen die Verhaftung zur Wehr setzte. Zwei wurden von der erregten Menge sofort erschlagen. Vom Hotel „Deutsches Haus" zog ein Trupp nach der „Gazetta Ludowa", deren Räume vollständig demoliert wurden. Die Maschinenteile wurden auf die Straße geworfen. Andere Trupps zogen indessen zu verschiedenen polnischen Geschäften, unter anderem auch vor das Haus eines bekannten Polenführers Caplicki, der der Menge aus den Fenstern seiner Wohnung entgegensah. Durch provokatorische Reden reizte er die Masse, die sich anschickte, das Haus zu stürmen. In diesem Augenblick wurde aus der Wohnung geschossen. Die Menge blieb vor dem Hause stehen. Schüsse wurden immer mehr gewechselt. Weitere Trupps plünderten polnische Geschäfte, unter anderem das Kaffee „Haus Rheingold", das gleichfalls einem Polen gehört. Die französischen Besatzungstruppen ließen sich nicht sehen. Die Besatzung und die Offiziere der interalliierten Kommission haben gegen Abend das Gebäude fluchtartig verlassen und alles stehen und liegen lassen. Die Franzosen zogen singend ab. Sie wurden von der Masse, die sie begleitete, übertönt mit dem Liede „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen". Das französische Militär hat sich in die Kasernen zurückgezogen und verbarrikadiert. Gegenwärtig, um Mitternacht, ist die Stadt ruhig. Größere Ansammlungen finden noch statt. Irgend welche Aktionen sind nicht zu erwarten. Heranziehenden polnischen Stoßtrupps aus Beguttschütz wurden von Kattowitz die Sicherheitspolizei entgegengeschickt, begleitet von bewaffneten Zivilisten, die sie auffangen soll. Es liegen Anzeichen vor, daß seitens der Polen eine Gegenaktion im Gange ist, die weitere oberschlesische Städte in Mitleidenschaft ziehen würde.

Der polnische Kampfbericht

Kopenhagen, 19. August.

Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht: Die von General Sikorski mit großen Schwierigkeiten eröffnete Gegenoffensive an der Nordfront verläuft andauernd sehr günstig. Der Feind, der an diesem Abschnitt zehn Divisionen eingesetzt hatte, ging auf der ganzen Linie zurück. Stellenweise ist sein Rückzug fluchtartig. Unsere Flieger bombardierten mit guten Ergebnissen die feindlichen Kolonnen. Das Resultat der erfolgreichen Kämpfe wird bereits in Warschau gespürt, wo der Druck des Feindes in der Richtung Zegrze und Dembe bedeutend schwächer ist. Dagegen wüten südöstlich von Warschau noch sehr erbitterte Kämpfe. Aber auch hier wurden alle Angriffe abgeschlagen und an mehreren Stellen sogar Fortschritte gemacht.

Im Zentrum haben unsere Truppen eine größere Offensive unter persönlicher Leitung des Marschalls Pilsudski eingeleitet. Nach einem 45 Kilometer langen Eilmarsch haben unsere Truppen bereits am Mittag des 16. August Garwolin erreicht und den Feind von der Weichsel vertrieben. Auf dem rechten Flügel sind polnische Abteilungen auf Widerstand des Feindes bei Kock gestoßen und haben Geschütze und Maschinengewehre erobert. Wir rücken kämpfend schnell vorwärts.

Auf der Südfront haben wir eine Gegenoffensive begonnen, um den Feind zurücktreiben, der den Bug bei Sokal und bei Busk überschritten hatte. Nördlich von Zloczow, Zborow und längs der Strypa waren die feindlichen lokalen Angriffe ohne Erfolg.

Der polnische Offensivplan

TU. Warschau, 19. August.

Halbamtlich wird gemeldet: An der Nordfront schreitet unsere unter dem Oberbefehl des Marschalls Pilsudski begonnene Offensive günstig fort. Unsere Abteilungen entwickeln sich längs der Linie Warschau-Brest-Litowsk und haben Siedlce besetzt. Wie schon heute offensichtlich, strebt die Oberste Heeresleitung dahin, den Feind von Osten zu umklammern, ihm den Rückzug abzuschneiden und ihn gegen die ostpreußische Grenze zu drücken. Sofern es den Bolschewisten nicht gelingt, den bisherigen Vormarsch unserer Truppen entscheidend aufzuhalten, bleibt ihnen nur der Uebertritt auf deutsches Gebiet. Die an der Südfront begonnene Offensive hat zur Einnahme von Sokole-Busk geführt. Unsere Abteilungen drängen trotz erbitterten Widerstandes des Feindes weiter nach Osten vor.

Französische Hoffnungen

TU. Paris, 19. August.

Die Blätter stellen den Umschwung in der Schlacht bei Warschau zu Gunsten Polens fest, warnen aber vor übertriebenen Hoffnungen und meinen, daß dadurch die Besprechungen länger dauern werden als erwartet würde. Es scheint, daß England die Munitionsdurchfuhr durch das Danziger Gebiet nach Polen verboten habe, während Deutschland Munition für die rote Armee über die Grenze schaffe. Die Blätter messen dem moralischen Faktor die größte Bedeutung an den polnischen Erfolgen bei. Die polnische Offensive, die zangenförmig zufasse, könne, als von französischen Offizieren inspiriert, angesehen werden. General Henry sei der erste General der Linie, Bilotti sei der Chef seines Stabes. Er habe die Sturmtruppen unter sich. General Weygand stehe dauernd mit dem polnischen Oberkommando in Verbindung.

Der russische Bericht

Der russische Heeresbericht vom 17. August meldet: Der Feind, der bei Nowoje Miasta durchgebrochen war, wurde im Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Dabei wurde Ciechanow von uns wieder besetzt. Wir machten 120 Gefangene und erbeuteten 7 Geschütze. Nordöstlich Nowogeorgiewsk und Warschau sind hartnäckige Kämpfe im Gange. Oestlich Wladimir Wolhynsk besetzten wir erneut Grubeschow und eine Reihe Ortschaften östlich davon. Im Abschnitt Tarnopol nahmen die roten Truppen eine Reihe von Ortschaften und nähern sich kämpfend Zborow. Am Dnjestr und an der Küste des Schwarzen Meeres ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Orjechow erbeuteten wir in hartnäckigen Kämpfen ein Geschütz und machten Gefangene.

Polen sabotiert die Verhandlungen

TU. London, 19. August.

Reuter meldet: Die drahtlose Verbindung zwischen Warschau und Minsk ist unterbrochen, was die Polen auf atmosphärische Störungen zurückzuführen versuchen. Von sachverständiger englischer Seite wird die Möglichkeit solcher Störungen jedoch bestritten.

Die Teilerfolge der Gegenoffensive haben die polnische Regierung anscheinend ermuntert die Verhandlungen in Minsk zu verschleppen, wie sie es bereits schon mit den Verhandlungen in Baranowitschi getan hat. Die Erfolge an der Front lassen die Brust der polnischen Imperialisten wieder höher schwellen. Sollte die Regierung bei ihrer Verschleppungstaktik bleiben, dann würde sie damit nur zeigen, daß sie den Frieden nicht ehrlich will. Sie wird dann aber auch die Verantwortung für die weiteren Geschehnisse voll zu tragen haben.

Der Bündnisring um Ungarn

TU. Wien, 19. August.

Der Minister des Aeußern der tschechoslowakischen Republik Dr. Benesch, wird auf seiner Rückreise mit den Wiener politischen Kreisen Fühlung nehmen, um Oesterreich in die gegen Ungarn gerichtete Konvention Rumäniens, Südslawiens und der Tschecho-Slowakei einzubeziehen.

Ein Jahr weißer Terror

Von einem ungarischen Genossen wird uns geschrieben: Es ist gerade ein Jahr vergangen, seit die ungarische Räteregierung ihren Platz zugunsten eines aus Vertretern aller Parteien des Landes zusammengesetzten Kabinetts räumte. Diesem Kabinett, dessen Entstehung und Zusammensetzung auf die Bemühungen des britischen Kommissars Sir George Clerk zurückzuführen war, war nur eine sehr kurze Lebensdauer von einigen Tagen beschieden. Der frühere Kriegsminister der Karolyi-Regierung, Stefan Friedrich, dessen politische Vergangenheit eine unausgesetzte Kette von Inkonsequenz, Draufgängerei, Strebertum, Machtlüsternheit darstellt, nahm mit Hilfe bewaffneter Offiziere von der damals noch recht problematischen Macht Besitz. Friedrich wurde Ministerpräsident. Mit dem von ihm aufgestellten Grundsatz der Rechtskontinuität hub in Ungarn eine Zeit des fortgesetzten Unrechtes an. Der weiße Terror setzte beinahe gleichzeitig mit der Verkündung des „christlichen" Kurses ein. Niemals ist wohl die christliche Idee niederträchtiger zur Erreichung schrankenloser Macht mißbraucht worden.

Noch während des Bestehens der Räteherrschaft ist in Arad unter dem Protektorat der Entente eine Gegenregierung errichtet worden, deren erste Zusammensetzung auch nach der Uebersiedlung nach Szeged ziemlich demokratisch war. Mit der Zeit sind aber die „unzuverlässigen" Mitglieder jenes Boudoirkabinetts durch ärgste Reaktionäre ersetzt worden. Der Niederbruch der ungarischen Räteherrschaft traf die Szegediner Regierung in einer ausgesprochen rachsüchtigen Einigkeit gegen die „destruktiven Elemente", unter denen Sozialisten, Kommunisten, Freimaurer und anderes „Judengesindel" zu verstehen war. Ihre Verfolgung setzte unmittelbar nach der Abdankung Bela Khuns und Genossen in der grausamsten Weise ein.

Am Anfang waren diese Streifzüge — die ersten Heldentaten der neuen ungarischen nationalen Armee — auf die Provinz, in erster Linie auf Transdanubien beschränkt. Die Armee bestand in jener Zeit vorwiegend aus Offizieren des alten k. u. k. Heeres und der ungarischen Honvéd. Bereits damals glaubte man, daß eine Steigerung in der schamlosen Art, wie diese Leute raubten und mordeten, und „Volksurteile" herbeiführten, nun nicht möglich sei. Ohne Verhör, ohne Gerichtsverfahren, auf die einfache Denunziation hin, wurden hunderte von Unschuldigen hingemordet, erhängt, verstümmelt, in die Donau oder in den schönen — jetzt ganz verödeten — Plattensee geworfen. Der damalige Oberkommandant der Armee, Admiral v. Horthy, der Reichsverweser Ungarns, nahm an den ruhmreichen Ereignissen dieser Wochen hinlänglich Anteil: Eines Tages bespukte er z. B. die vor ihm liegenden Opfer des „christlichen" Kurses mit echt soldatischer — Todesverachtung.

Nach Abzug der Rumänen aus Budapest wurde die Haupttätigkeit der „konstruktiven" Elemente nach dort verlegt. Klerus, Beamte, Offiziere, ehemalige rote Soldaten der Brachialgewalt, der Verein der erwachenden Magyaren, der Offiziersverein (Move) und zahlreiche andere offene wie geheime Formationen, Vereine, die Partei der Christlich-Sozialen, sie alle waren einig, taten sich zusammen, um die letzten Reste der „bolschewistisch-jüdischen Seuche" zu vertilgen. Tausende von Opfern beklagen den weißen Schrecken und klagen die westlichen Kulturnationen an. Viele Hunderte sind nunmehr nur stumme Ankläger der magyarischen Banditenwirtschaft.

Es ist hier nicht möglich, alle Fälle von Gesetzwidrigkeiten, Ausschreitungen, Ermordungen und Grausamkeiten anzuführen. Das ganze System ist grauenvoll, verlogen, entsetzlich; es bedeutet eine Schande für die ganze Menschheit. Nicht „individuelle Aktionen unverantwortlicher Elemente" ist der weiße Terror, sondern staatlich organisierter Haß, offiziell unterstützte Verfolgung Andersgläubiger und Andersdenkender — wie Gläubiger und Denkender überhaupt — um sich ihrer rasch zu entledigen. Wo die Gerichte nach einem sogenannten beschleunigtem Verfahren jede Möglichkeit einer wirklichen und wirksamen Verteidigung nehmen, Anklagen konstruieren und Urteile fällen, deren Unerhörtheit nur durch ihre Begründung übertroffen wird, wo die Internierungslager von Tausenden von Männern, Frauen, Jugendlichen gefüllt, die seit Monaten ohne Verhör, durch Mißhandlungen, Hunger, Schmutz dem sicheren Verderben entgegengehen, wo Entführung und Ermordung von Untersuchungsgefangenen durch Offiziere auf der Tagesordnung stehen, wo Arbeiter und Juden jeden Tag, jede Nacht Pogromen entgegenzittern müssen, wo die Prügelstrafe wieder eingeführt wird, wo Schulen in Gefängnisse umgewandelt werden, da die vorhandenen zur Unterbringung der Gefangenen nicht mehr ausreichen, wo die besten Lehrer der Hochschulen (Alexander, Pikler, Groß, Jászi, Marcali, Goldzieher und viele andere) verjagt sind, wo alles zum finstersten Mittelalter hindrängt, kann niemand seines Lebens, seiner Existenz des nächsten Tages, ja des nächsten Augenblickes sicher sein.

Die weißen Banditen halten die ganze Bevölkerung unter Atem. Ungesühnt sind alle Schändlichkeiten des weißen Kurses, ungesühnt noch immer Somogyi, Vascó, Müller und die vielen andern namenlosen Opfer der greulichen

Massakrierungen. Wie könnte man dort auch von Sühne sprechen, wo alle schuldig sind, denen Macht und Möglichkeit des Strafens gegeben, schuldig, vom kleinsten Kerkermeister bis zum durchlauchtigsten Henkermeister. Jeder Tag bringt neue furchtbare Kunde von den magyarischen Mordbuben, die jetzt scheinbar zu entscheidenden Taten ausholen. Vor einigen Tagen ist der Pogrombeschluß bekannt geworden, laut dessen im ganzen Lande einheitlich gegen Juden und Arbeiter in der rücksichtslosesten Weise vorgegangen werden soll. Am 28. v. M. ist in Budapest bereits eine kleine Kostprobe verabreicht worden. Es ist selbst nach dem entsetzlichen Kriegsgreuel der „großen Zeit", mit denen die Völker aus „Gottes Gnaden" so reichlich bedacht waren, einem gesunden Gehirn unfaßbar, wie Mensch gegen Mensch so infam, so grausam wüten kann, nicht zu sprechen, wie Söhne desselben Volkes gegen die andern handeln.

Um ihre Herrschaft zu bekräftigen, wollen sie zur Unterstützung der Polen eine Armee gegen die Russen führen; es sollen wohl die „unzuverlässigen" Elemente auch durch fremde Kugeln vernichtet werden. Den magyarischen Machthabern scheint es ein wenig vor ihrer eigenen Macht bange zu sein — zuviel Macht in dem kleinen Lande — deshalb wahrscheinlich auch die Kriegsgelüste für Polen und gegen Oesterreich. Durch den am 30. Juli erfolgten Ueberfall ungarischer Truppen auf Oesterreich soll die magyarische Macht und die weiße Idee gegen Westen vordringen. Es haben leider jene Recht behalten, die den weißen Terror kommen sahen, die bei den degenerierten, faulen, ungebildeten, infamen magyarischen Gentry keine Einsicht und Besonnenheit voraussetzen konnten. Der weiße Terror hat der sogenannten europäischen Demokratie einen schlechten Dienst erwiesen.

Das Maß ist voll! Die ungarische Reaktion wütet in dem schändlichsten Paroxismus einer kranken Klasse, um ihre Vorherrschaft über Millionen arbeitender Menschen. Sie will nicht erkennen, daß ihre Zeit um ist. Sie lebt in dem Wahn, es könnte doch so weiter gehen. Das Erwachen der Magyaren wird furchtbar sein!

In tiefster Trauer gedenken wir heute der zahlreichen Opfer der Horthy-Husaren, in angsterfüllter Besorgnis um alle, deren Leben und Gesundheit der Willkür der übermächtigen magyarischen Soldateska und ihrer Regierung preisgegeben ist.

Orgesch will leben!

Eindeutige Drohungen

Die Orgeschleute führen einen verzweifelten Kampf um das Fortbestehen ihrer Organisation. Sie gaben bisher an, daß sie auf dem Boden der Verfassung stünden und bereit wären, die Regierung gegen jeden Angriff von rechts oder links zu stützen. Nachdem nunmehr die preußische Regierung erklärt hat, daß sie die Hilfe der Orgeschleute nicht braucht, müßten sich die Herrschaften, wenn sie verfassungstreu wären, dem Gebot fügen, ihre Waffen abgeben und nach Hause gehen. Das aber fällt ihnen nicht ein. Sie leisten den Anordnungen der Regierung offenen Widerstand und drohen ganz eindeutig mit der Anwendung von Gewalt.

Die Orgeschleute sind eingefleischte Reaktionäre, die ganz genau wissen, was sie wollen. Ihre Berufung auf die Verfassung ist eine unwürdige Heuchelei. Sie spekulieren dabei auf die Dummheit der Regierung. Sie wollen sie ebenso glänzend hereinlegen wie es die vormalige Einwohnerwehr getan hat, die vor dem 13. März täglich dreimal versicherte, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, in gleicher Weise gegen rechts und links zu kämpfen, um dann, als es ernsthaft galt, die Treue zur Republik nicht nur im Munde zu führen, sondern sie durch Handlungen zu bekräftigen, mit fliegenden Fahnen ins Lager der Rebellen überzugehen. Wenn die Orgeschleute von Verfassung reden, so muß man sie immer an die Worte des Hamburger Obersten v. Ledebur erinnern, der sich verpflichtete, alle Eide, die er der Republik zwischen 7 und 8 Uhr geleistet hat, zwischen 8 und 9 Uhr zu brechen. Oberst Ledebur ist Orgesch.

Der eindeutige, d. h. gegen die Verfassung und für die Wiederherstellung der Monarchie gerichtete Charakter der Orgesch wird zu allem Ueberfluß durch die Vorgänge in Ostpreußen einwandfrei festgestellt. Dort sollten auf Anordnung des Oberpräsidenten sämtliche bestehenden Selbstschutzverbände ausgelöst und eine neue Organisation gebildet werden, die alle Kreise der Bevölkerung umfassen sollte. Die gesamte Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hat jedoch die Beteiligung an der Bildung dieser Ortswehren abgelehnt mit der Begründung, daß die bestehenden Ortswehren, die sich an die Escherich-Organisationen anlehnen, den besten Schutz für Ostpreußen bildeten. Hier haben wir die „Verfassungstreue" nach berühmtem Muster. Die Reaktionäre wollen nur Ortswehren, die sich aus den Reihen ihrer Anhänger zusammensetzen. Sie wollen eine gegenrevolutionäre Putschorganisation und lehnen deshalb die Aufnahme von Arbeitern und Angestellten ab, weil sie befürchten, daß ihnen von diesen Leuten in die Karten geguckt werden könnte.

Die Regierung weiß nunmehr, was auf dem Spiele steht. Die Gefahr ist dank ihrer bisherigen Nachlässigkeit größer als mancher glauben möchte. In der „Kreuzzeitung" wird das Verbot der Orgesch durch die preußische Regierung zum Anlaß genommen, die Auflösung des preußischen Landtags zu fordern. Auch wir verlangen Neuwahlen, freilich aus ganz anderen Gründen, wie die „Kreuzzeitung", die mit ihrer Parole die Taktik aufnimmt, die am 13. März Ehrhardt und Genossen einschlugen, als die Marinebrigaden aufgelöst werden sollten. Die Marinebrigaden waren die stärkste Hoffnung der Reaktion. Ihre bevorstehende Auflösung brachte den von langer Hand vorbereiteten Putsch zum Ausbruch. Es besteht die Möglichkeit, daß die anbefohlene Auflösung der Orgesch zu ähnlichen Ereignissen führen kann. Denn mit dem Zerfall der Orgesch würde wieder ein Traum der Reaktion zerrinnen, viel mühevolle Arbeit, millionenfache Ausgaben wären umsonst gewesen.

Die Gewerkschaftsinternationale

Zunächst keine internationale Aktion

HN. Paris, 19. August.

Jouhaux hat nachstehendes Manifest für die Zusammenkunft des Exekutivausschusses des internationalen Gewerkschaftsverbandes bekommen: Im Falle eines Konfliktes wird eine Verständigung über eine internationale Aktion unter den Arbeitern ins Leben gerufen werden. Den Arbeitern jeden Landes steht es aber frei, ihren Einfluß auf ihre Regierung auszuüben. Der Verband ist der Meinung, daß man sich in innere Angelegenheiten anderer Völker nicht einmischen soll. Diese Auffassung gelte auch für die Aktion Polens in Rußland, und umgekehrt die Rußlands in Polen.

•

Nach einer anderen Meldung will Jouhaux nach Amsterdam fahren, um mit dem Exekutivausschuß über eine allgemeine Aktion zu beraten. Uns erscheint die Haltung der Amsterdamer, sofern sie nach der kurzen telegraphischen Wiedergabe des Manifests beurteilt werden darf, etwas seltsam. Wir würden eine rechtzeitige internationale Aktion zur Verhütung eines Konfliktes durchaus nicht für überflüssig halten und wir finden nicht, daß sie einer Einmischung in innere Verhältnisse eines Landes gleichkäme. Ist der Konflikt erst entstanden, dann kann es leicht zu spät sein.

Die Macht der Arbeiter

HN. London, 19. August.

Das „Journal des Debats" schreibt: Falls Sir Reginald Tower wirklich verboten hat, daß kein einziges Schiff mit Munition für Polen im Danziger Hafen einlaufen darf, hat der englische Hohe Kommissar eine Initiative ergriffen, für die man keine Erklärung finden kann. Während des Krieges war die Ansicht der Alliierten die, daß man sich in neutralen Ländern mit Munition versehen konnte, ohne die Neutralität hierdurch zu verletzen und jetzt wollen wir Polen hindern, Munition, die es braucht, kommen zu lassen. Eine solche Haltung würde völlig unzulässig sein.

Das Pariser Blatt scheint nicht zu wissen, daß sich nach Beendigung des Weltkrieges die Situation in Europa wesentlich geändert hat. Wenn während des Krieges die Imperialisten aller Länder sich mit Munition aus neutralen Staaten versehen haben, so fordern heute die Arbeiter, daß dies nicht mehr geschieht. Gerade weil Polen die Munition der Ententestaaten dringend braucht zur Verwirklichung seiner imperialistischen Ziele, gerade deshalb muß die Arbeiterschaft streng darüber wachen, daß diese Munition nicht geliefert wird. Danzig ist ein richtiger Durchgangsplatz für die polnischen Munitionstransporte. Die Danziger Arbeiterschaft hat sich bisher geweigert, die Transporte durchzulassen. Sie ist gewillt, den schärfsten Widerstand zu organisieren, wenn die Transporte nicht eingestellt werden. Deshalb hat wohl auch der Oberkommissar Tower das Anlegen von Munitionsschiffen verboten. Er befürchtet die schwersten Konflikte mit der Arbeiterschaft und will verhindern, daß es zu gewaltsamen Gegenmaßnahmen kommt, die unbedingt ergriffen werden würden, wenn die Entente Danzigs Neutralität mit Füßen treten würde.

Zum Schutz der Neutralität bereit

Eine am 17. August 1920 tagende Vertrauensmännersitzung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter aus den Betrieben Berlins beschäftigte sich u. a. eingehend mit dem Aufruf der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Dem Aufruf wurde die größte Sympathie entgegengebracht und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Rollkutscher und Speditionsarbeiter Berlins begrüßen den Aufruf zur Wahrung der internationalen Solidarität. Sie versprechen, alles daranzusetzen, die Schritte, welche das internationale Kapital unternimmt, um das siegreiche Vorgehen des russischen Proletariats im Blut zu ersticken, zunichte zu machen.

Sie werden die größte Aufmerksamkeit anwenden und alle Sendungen, welche als Kriegsmaterial kenntlich sind, unter allen Umständen von der Beförderung ausschließen.

Sie bitten die Kollegen im Reich, sich ihrem Vorgehen sofort anzuschließen und auch ihrerseits alles zu verhindern, um Transporte von Kriegsmaterial nach dem Osten unmöglich zu machen. Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Auch die Schweizer Arbeiter wachen

Zürich, 18. August.

Die Delegierten-Versammlung der Personalunion des eidgenössischen Personals in Zürich hat eine Resolution angenommen, in der es heißt: Das eidgenössische Personal in Zürich erachtet es als eine dringende Aufgabe, internationale Solidarität zu üben und alle Waffen- und Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz zu verhindern. Es fordert daher die Organisationen des schweizerischen Eisenbahnerverbandes und des Gewerkschaftsbundes auf, sofort von den obersten Bundesbehörden Garantien zu verlangen, daß keine Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz durchgelassen werden. Die Personalunion fordert deshalb die sofortige Einsetzung von Personalkommissionen, die an der Grenze alle internationalen Transporte zu überwachen und zu untersuchen haben. Sollten diese Garantien verweigert werden, so wird der schweizerische Eisenbahnerverband aufgefordert, Abwehrmaßnahmen einzuleiten.

Kriegsmaterialsendungen in Bremen angehalten

TU. Bremen, 19. August.

Nachdem erst vorgestern auf dem hiesigen Güterbahnhof sechs Waggons mit neuen Flugzeugmontageteilen beladen angehalten worden sind, wurde im Laufe des gestrigen Tages von den Eisenbahnern und Arbeitern eine Anzahl weiterer Bahntransporte angehalten, die Kriegsmaterial enthalten.

Schließung der Schiffswerft Blohm u. Voß. Die Schiffswerft Blohm u. Voß teilt mit, daß die Werft infolge der Ausschreitungen, die am gestrigen Mittwoch von der Arbeiterschaft gegen die leitenden Persönlichkeiten begangen worden sind, bis auf weiteres geschlossen bleibt.

Neugründungen von Reedereigesellschaften in Amerika. Trotz der ungünstigen Lage auf dem Frachtenmarkt sind in den Vereinigten Staaten im Monat Juni 33 neue Reedereigesellschaften mit einem Gesamtkapital von 86 Millionen Dollar gegründet worden.

Sommerabend

Von Erich K. Schmidt.

Es hatte geregnet, wolkenbruchwild, man dachte an Sintfluten, man glaubte, zu ersaufen. Gegen Abend hörte es auf, Goldreflexe irrten über die Dächer, der Asphalt floß gleich schwarzen, flachen Bächen. Die Wege im Park lagen aufgeweicht, es war wunderbar, auf ihnen entlang zu tapsen. O, immer glatte Großstadtstraßen! Ist man von der Mutter Erde nicht wie durch einen harten Fluch getrennt? Immer stoßen die Sohlen polternd auf eine Schicht gnadenloser Steine. Erschütterungen wälzen sich durch das Gehirn, die wir kaum noch spüren. Aber sie lassen die lebendige Masse zwischen den Schädelwänden allmählich zu Stein erstarren. Sie machen uns zu Automaten, Zweckwesen, die keinen Reiz mehr verspüren als jene Nervenbeize einer verquälten Kultur, die auf Schritt und Tritt, des Nachts und am Tage, wollüstig gegen unsere Stirnen sticht.

Aber hier im Park, da der Regensturz die Spuren der Menschen getilgt hat, schreitet man froh dahin wie über neue Erde, der Fuß wühlt sich ein in elastische Bodenschichten, und die immer blanken Stiefel werden einmal, Dank dem Himmel, mit grauen Arabesken garniert. Mitten im Herzen des tragisch versteinten Häusermeers segelt man erlöst durch eine grüne idyllische Insel, höhenauf und höhenab, ein Einsamer der plötzlich die Maske verloren hat und mit übermütig gezackten Kindorschritten über flimmernde Pfützen balanziert. Man denkt an Jugendtage, da der Fuß rücksichtslos in aufgeweichte Dorfwege patschte, an Sommerwochen, die man, der Großstadt entflohen, auf ferner Fischerinsel verbrachte, und der Duft erfrischten Laubes weht einem wie eine grüne Gnade um die Schläfe. Der Fall der niederrutschenden Tropfen, die die Blätter vibrierend von ihren Rücken schütteln, wird Musik, die das Ohr mit ewigem Urton streichelt, und der Atem blühenden Gesträuchs gaukelt bunte Visionen vor die erlöste Seele. Das zarte Wispern der Natur läßt den Armen seine Armut vergessen, und sein Geist wird vogelleicht wie das kreuzweis hüpfende Lied, das mit süßer Inbrunst durch alle Zweige schwirrt ....

Im neuen Teil des Parks aber, den ein Asphaltband kaltglitzernd zerschneidet, hört die Musik tief fallender Tropfen plötzlich auf, die hohen Bäume fehlen, nur Sträucher wuchern üppig an allen Wegen, Rosensträucher mit dunkelgrünen Blättern und einem violetten Schimmer darüber, flankiert von jungen, kindlichen Birkenstämmen.

Der grüne begrenzte Dom wird zu unendlichem Himmelsgewölbe, in fernem Kreise stehen die Häuser, niedrig und schwarz, ohnmächtig unter plastisch geballten Wolkenmassen. Man steht, mit frommem Gefühl, das Himmelsrund wie eine von gigantischer Kraft durchpulste Kuppel über sich. Da stehen dunkle Berge mit schneeigen Scheiteln, gelbliche Seen demütig an ihre Füße gegossen, blaugraue Schieferfelder stoßen bedrohlich gegeneinander, schüchternes Blau blickt wie mit Veilchenaugen aus Felsenrissen. Im Westen jedoch, unter schwarzen, breiten Wolkenschroffen hängt ockergelbes Geleucht, das mählich sich rötet, breit auseinanderschwillt und den Horizont hinter Häusern und Bäumen, mit goldenen Pinselstrichen überquert.

Ich steige steinerne Stufen empor und stehe auf der Asphaltstraße, die Menschen eilig überwandern, im Westen vor mir glimmt Brand zu wildem Feuerrot empor, meine Füße sind wie verwurzelt. Nun lodert der Rand der schwarzen Wolkenschroffen wie ein Vorhang im Theater auf, und mit karminroten Bränden erscheint das abendmüde Tagesgestirn, zwischen Wolken und blattgrüne Wipfel gebettet, bereit, die Welt noch einmal zu versöhnen.

Aber niemand sieht den köstlichen Glanz, den das Sonnenauge auf abgehetzte Stirnen schickt, damit die Gedanken dahinter sich klären, niemand wendet den Blick zur Seite, sie alle sehen dumpf vor sich hin. Es mögen wohl hundert Menschen, wie Kugeln, von unsichtbarer Hand geworfen, die glatte Asphaltbahn durchrollen, keiner hört die Stimme des ewigen Friedens, die aus dem purpurnen Sonnenmund posaunt.

Neue Bücher

Die Not im Buchdruckgewerbe hält die Verleger nicht ab, auch im Sommer neue Bücher erscheinen zu lassen. Auch die Zahl der Auflagen steigt trotz der erhöhten Herstellungs- und Verkaufspreise. Wir greifen einiges heraus. Ins alte Aegypten führt uns ein Roman des holländischen Dichters Louis Couperus, der von Else Otten übersetzt, bei Ernst Rowohlt, Berlin, jüngst erschienen ist (geh. 10, geb. 15 M.). Er erzählt von der Liebe und schildert Land und Leute in malerisch antikisierendem Stil, ohne kulturhistorisch oder soziologisch in die Tiefe zu steigen. Es fehlt nicht an farbigem Bilderreiz und schwälendem Gefühl, aber man vermißt die Glut und den Rhythmus etwa der Flaubertschen „Salambo". Man wird eher an das Literaturmuseum der griechisch-römischen Romane der Dahn und Ebers erinnert. Näher und heißer berühren uns die Dichtungen aus dem revolutionären Ungarn. „Der große Kerker" heißt eine Sammlung von Skizzen des Redakteurs der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Budapest, Bela Reveß, der auch unseren Lesern kein Unbekannter ist. In diesen Erzählungen des leidenden und kämpfenden Proletariats, das jetzt von den weißgardistischen Horthybanden aufs Tollste brutalisiert wird, atmet die zarte und stumme, aber auch die gequälte und empörte Seele, die nach Menschlichkeit schmachtet. Der Uebersetzer Stefan J. Klein, zeigt seine einfühlende Sprachkunst nicht nur in diesem Bändchen, das soeben im Verlag von Kurt Wolff-München erschienen ist, (geh. 6, geb. 10 M.), sondern in erhöhtem Maße auch in dem von Rowohlt herausgegebenen Roman Bela Reveß' „Ringende Dörfer", (geh. 10, geb. 15 M.). Hier ist mit starker poetischer Kraft das heißblütige Leben und dumpfe Sehnen ungarischer Arbeiterfrauen zusammengeballt, deren Männer in amerikanischen Bergwerken schuften. Mit kühnerer Erotik ein ungarisches Seitenstück zum „Weiberdorf" der Clara Viebig in der Eifel. Ein schwüles Mysterium der Brunst, manchmal sprachlich ausartend und doch stilistisch gebändigt. Dagegen verblassen „Die roten Tage", ein Roman von A. H. Zeiz (im Verlag Erich Reiß, Berlin), der eines deutschen Jünglings Schwärmen und Werden darzustellen sucht. Es ist alles mehr literarisch als revolutionär angehaucht und an dem Problem: Führer und Masse, redet es intellektuell vorbei, weil hier die Szenen feinsinnig erdacht und lyrisch empfunden, aber nicht aus dem Volke organisch von innen heraus und von unten herauf erlebt sind. Am russischen Beispiel können es unsere Autoren am besten sehen, aber es läßt sich nicht lernen.

Ganz ins Literarische und Spirituelle verliert sich der bislang doch wohl sozialistisch orientierte Kurt Erich Meurer in seinem Roman „Der große Trost" (Verlag Hoffmann u. Campe, Berlin-Hamburg, (geh. 9, geb. 12,50 M.). Mit nur bisweilen leis anklingenden sozialen Tönen zelebriert sich der Autor hier selbst den dichterischen Trost eines tiefinnerlich geschauten Wechselspiels von Leben, Tod und Liebe, mit mystischen Emblemen, geisterhaften Gestalten und Oscar Wildes artistischen Freuden. Es hat wenig mit dem Strom der Gegenwart zu tun. Weit schlimmer aber sind die Konjunktur-Propheten. Aus dem Kaffeesatz der Reichswehr weissagen sie fröhlich den „Untergang Frankreichs". Unter diesem Titel erschien in einer ebenso schauerlichen Umschlagszeichnung soeben, bei Hoffmann u. Campe, geh. 12, geb. 16 M.), ein Roman, der einen durchaus unehrlichen Charakter an der Stirn trägt. Schon der angenommene Verfassername Francois Romain, will einen französischen Autor vortäuschen. Widerwärtig wirkt es, wenn nach allerhand kolportagehaften, krassen Schilderungen die deutschnationalistische Gesinnung sich zum Schluß in ein sozialistisch-weltbrüderliches Mäntelchen hüllt. Vorher wird der Untergang Frankreichs an „innerer Fäulnis" geschildert und fünfzehn Jahre nach Versailles die Wiedergeburt Deutschlands durch einen Racheseldzug, an dem Greise und Lahme, Reiche und Arme, Sozialisten, Kommunisten und Nationale, Arbeiter und Studenten, alle gemeinsam und in gleicher Begeisterung teilnehmen, mit verheimlichten Waffen an den Rhein eilen, „dem Feinde entgegen", während die Glocken läuten und Priester mit hocherhobenen Kruzifixen den Kreuzzüglern voraneilen. Diese ganze bombastisch aufgedonnerte Darstellung und Tendenz ist nicht nur Unsinn, sondern ein gefährlicher Unfug, der durch die absolute Ignoranz des Verfassers über sozialistische, kapitalistische und internationale Zusammenhänge keineswegs gemildert wird. Man muß diesen „Aposteln" die Maske vom Gesicht reißen, gleichviel, ob sie literarisch oder politisch das Volk „beglücken" wollen

Erich Baron.

Daimler-Motoren-Gesellschaft

Die von der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim angekündigten Betriebseinschränkungen haben den Zentralverband der Angestellten veranlaßt, eine Sonderausgabe seiner Zeitschrift herauszugeben, in der sich Paul Lange mit den Riesenprofiten dieser Gesellschaft beschäftigt. Es heißt da nach einer Schilderung der Vorgänge, die Anfang 1918 das preußische Kriegsministerium veranlaßten, eine Prüfungskommission zwecks Untersuchung des Geschäftsgebarens der D. M. G. einzusetzen:

Das Preußische Kriegsministerium beauftragte das Vorstandsmitglied der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Otto Meyer, eine Nachprüfung der Bücher und Bilanzen der D. M. G. hinsichtlich der Preis- und Gewinnbildung und ihrer auf Preiserhöhung gerichteten Bestrebungen vorzunehmen, was dieser auch gemeinsam mit den beeidigten Bücherrevisoren Berthold Radke, Berlin-Schöneberg, und Cäsar Löhde, Cuxhaven, sowie einer Anzahl Hilfskräfte getan hat.

Das Ergebnis dieser Prüfung, die soviel Arbeit gemacht hat, daß sie einschließlich der Drucklegung sicher Millionen kostet, liegt jetzt in einem dicken Buche vor, das den Namen „Bericht der Prüfungskommission des Preußischen Kriegsministeriums in Sachen der Daimler-Motoren-Gesellschaft" trägt und in der Reichsdruckerei gedruckt ist.

Als die Prüfungskommission ihre Arbeit begann, stieß sie auf drei merkwürdige Tatsachen: Erstens stellte sie fest, daß der Staatsanwalt, der gegen den Kommerzienrat Berge eine Untersuchung eingeleitet hatte, durch seine Sachverständigen nicht nur mit lückenhaftem, sondern auch mit irreführendem Material versehen worden war, wobei z. B. die ungeheuren Vermögensbestände der D. M. G. als — verausgabte Unkosten figurierten. Zweitens wünschte das D. M. G.-Mitglied Dr. Sekler, die Prüfungskommission „möge mit Rücksicht auf die außerordentlich knappen Betriebsmittel, die auf ungenügende Verkaufserlöse zurückzuführen seien und kaum noch ausreichten, die Arbeitslöhne zu zahlen, eine Prüfung des Geschäftsjahres 1917 vornehmen". Die Prüfungskommission war sich indessen klar darüber, daß eine Vorwegnahme des Geschäftsjahres 1917 außer Zusammenhang mit den Vorjahren notwendigerweise zu Fehlschlüssen hätte führen müssen und sie in ihren Ermittlungen und Folgerungen in unverantwortlicher Weise festgelegt haben würde; sie hat es deshalb ablehnen müssen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Drittens hat die Prüfungskommission festgestellt, daß der Aufsichtsrat der D. M. G. am 28. Juni 1918 beschlossen hatte, ausgerechnet den erst kürzlich mit der militärischen Aufsicht beauftragten Hauptmann Groß als stellvertretendes Vorstandsmitglied für die Betriebsführung in Aussicht zu nehmen!

Die Prüfungskommission hatte sich einen bestimmten Arbeitsplan zurechtgelegt, „doch zeigte eine erste gemeinsame Inaugenscheinnahme der für die Beurteilung der Erfassung des Lohn- und Materialverbrauches und der Kalkulation der in Frage kommenden Einrichtungen, die sich auf die Magazinverwaltung, die Werkstättenbureaus, die Betriebsbureaus und das Kalkulationsbureau erstreckte, daß infolge Unzulänglichkeit dieser Einrichtungen die Durchführbarkeit dieses Programms in wesentlichen Punkten überhaupt nicht in Frage kam. Eine Fabrikbuchhaltung, deren Vorhandensein bei einem Unternehmen vom Range der D. M. G. als selbstverständlich vorausgesetzt werden müßte, fehlte überhaupt". Es war also etwas nicht vorhanden, was zur Aufhellung der Gewinnergebnisse hätte beitragen können, dagegen sagt die Prüfungskommission, „daß dem höchst wichtigen Arbeitsgebiete der Kalkulation innerhalb der Verwaltung der D. M. G. ein umfangreicher Apparat zur Verfügung gestellt ist, ausgestattet mit zahlreichem Personal und modernen Hilfsmitteln, sowohl an Vordrucken und Karteien als auch an Bureaumaschinen. Es wäre also falsch zu sagen, daß die für diesen Zweck aufgewandten Mittel unzureichend sind, oder, wie von anderer Seite vermutet wurde, der Kalkulationsapparat sich des Ernstes seiner Aufgaben nicht bewußt wäre. Falsch wäre es auch, wollte man, wie es die Verwaltung zur Entkräftung der gegen sie gerichteten Vorwürfe gelegentlich tat, behaupten, daß das, was die Kalkulationsabteilung leistet, Anspruch auf Zuverlässigkeit nicht erheben kann."

Die D. M. G. hat die von ihr tatsächlich erzielten Gewinne in den Büchern versteckt und verschwinden lassen, um als angeblich notleidender Betrieb von der Heeresverwaltung immer höhere Preise für die gelieferten Waren (Flug- und Schiffsmotoren, Automobile) zu erhalten. „Es kann nicht behauptet werden, daß die Preise bis Ende 1917 durch übertriebene Lohnansprüche der Arbeiterschaft unauskömmlich geworden sind, denn

bei	68,6 Millionen M. Umsatz	1915 wurden	6,9 =	10 Proz.
„	104,4 „ „ „	1916 „	8,4 =	8 „
„	135,9 „ „ „	1917 „	13,9 =	10 „

produktiver Lohnaufwand in den Kommissionsabrechnungskarten der Fabrik Untertürkheim erfaßt, so daß trotz individuell höheren Lohnaufwandes das prozentuale Verhältnis des Lohnaufwandes zum Umsatz ein stetiges blieb." Kommerzienrat Berge hat angeblich den Militärbehörden gegenüber geäußert, die D. M. G. habe Material unter Umgehung der Höchstpreisverordnungen in solchen Mengen beschaffen müssen, daß dadurch eine Verteuerung der Herstellungskosten erfolgt sei. Die Prüfungskommission stellt fest, daß dies nicht der Fall war, die D. M. G. vielmehr an den von ihr gelagerten Holzvorräten nach Millionen zählende Konjunkturgewinne gemacht hat.

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der D. M. G. für die Jahre 1911—1917 weisen aus bei einem Aktienkapital von 8 000 000 M. einen Reingewinn von

1911	2 293 036,— Mk.,	10	Proz. Dividende
1912	2 862 442,36 „	12	„ „
1913	3 214 168,41 „	14	„ „
1914	4 604 471,20 „	16	„ „
1915	6 620 003,92 „	24	„ „
1916	8 085 444,33 „	35	„ „
1917	5 932 037,47 „	30	„ „
von 1914—1917	25 242 556,92 Mk.		

Im Jahre 1917 verausgabte die D. M. G. an ihre Aktionäre für 24 Millionen Mark Gratisaktien, so daß das Aktienkapital nunmehr 32 Millionen Mark betrug, das aber von den Aktionären nicht eingezahlt, sondern ihnen im Betrage von 24 Millionen Mark geschenkt wurde.

Nach den eingehenden Untersuchungen der Prüfungskommission waren die Gewinne um 70 604 775,24 M. höher als die Firma sie angegeben hatte! Dazu treten als fernere Mehrgewinne unter Umständen, d. h. wenn sie für die gedachten Zwecke nicht in Anspruch genommen werden, die im Kontokorrent zugunsten der Inspektion der Fliegertruppen zurückgestellten rund 6 900 000 M. und die gleichfalls im Kontokorrent erfolgte Rückstellung zur Deckung sämtlicher Risiken aus Lieferungen an das neutrale und feindliche Ausland in Höhe von 7 500 000 M.; das sind zusammen fast 96 100 000 Mark Mehrgewinn, als die D. M. G. selbst angegeben hatte. In Wirklichkeit ist auch diese Summe noch höher, „es war aber infolge mangelnder ausreichender verwaltungstechnischer Einrichtungen nicht möglich, noch tiefer in die Materie einzudringen". Die vorhandenen Werkzeugmaschinen sind von der Prüfungskommission z. B. nur mit 7 300 000 Mk. eingesetzt, von dem Sachverständigen, Regierungsbaumeister Dr. Rudolf Herzfeld aber mit 14 000 000 Mark bewertet worden. Lassen wir das letztere außer Betracht, so ergeben

die von der Firma veröffentlichten . .	25 242 556,92 Mk. und
die von der Prüfungskommission errechneten	70 604 775,24 Mk.
Tatsächlicher Gewinn	95 847 332,16 Mk.
Dazu unter Umständen jene	6 900 000,— „
	+ 7 500 000,— „
	110 247 332,16 Mk.

„Die Prüfungskommission zieht aus ihren gesamten Feststellungen den Schluß, daß in dem besprochenen, mindestens 81 bzw. 96 Millionen Mark Mehrgewinne jene Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, die im Zusammenhang mit den organischen Fehlern der auftragerteilenden Stellen zu einem wesentlichen Teile dazu beigetragen hat, die Teuerung auf allen Gebieten heraufzubeschwören, unter der das deutsche Volk seit Jahren ächzt."

	Für die D. M. G. ergab sich als Gewinn (ohne jene 6 900 000 + 7 500 000 Mk.)	nachdem zuvor folgende Arbeitslöhne gezahlt worden waren
1914	10 424 226,59 Mk.	6 505 517,72 Mk.
1915	22 165 556,50 „	10 362 489,09 „
1916	30 047 236,02 „	13 154 149,06 „
1917	33 210 313,05 „	23 068 156,23 „
	95 847 332,16 Mk.	53 090 312 10 Mk.

So blieb also die Gesamtsumme der angeblich so hohen Löhne der nach Tausenden zählenden Angestellten und Arbeiter noch weit, weit hinter dem zurück, was die paar Daimlerkapitalisten als Profit einsackten.

Die Prüfungskommission verurteilt es zwar, daß die Verwaltung der D. M. G. durch falsche Angaben bei den Militärbehörden immer höhere Preise herauszuschlagen suchte. Aber zu der Tatsache, daß die D. M. G. aus der „Notlage des Reiches" so ungeheure Gewinne zog, sagt sie wörtlich: „Darin bildet die D. M. G. aber nicht eine einzelne Erscheinung, **sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmen, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission ein Unrecht, wenn diese eine Gesellschaft anders behandelt und beurteilt werden würde, wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftskreise und Einzelpersonen."**

Die Tschechoslowakei und Sowjetrußland

Triest, 10. August. (Rosta.)

„Il Lavoratore della Sera" von Triest veröffentlicht eine Unterredung mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Tusar, der sich augenblicklich in Porto Rosa (Istrien) aufhält, in deren Verlauf er Aeußerungen von größter Bedeutung über die Außenpolitik der tschechischen Republik machte. Ueber die Beziehung zu Sowjetrußland sagte er, daß die Tschechoslowakei eben im Begriffe sei, mit ihm in direkte Beziehungen zu treten. Die Tschechoslowakei würde sich nicht in die politische innere Angelegenheit mischen, wenn die Arbeiterschaft dieser Nation infolge der durch die Siege der Bolschewiki geschaffenen Situation eine Sowjetregierung proklamieren sollte. Es sei nicht nur die Regierung, sondern — wie die Rückberufung der durch die unglückselige Kramarsch-Politik zu Werkzeugen der Konterrevolution gewordenen tschechischen Legionen aus Sibirien gezeigt hat — auch die große Mehrheit der ganzen Nation entschieden gegen jedes Abenteuer mit, und gegen jede Hilfe für die Konterrevolution. **Unser Volk wird niemals gegen das russische Proletariat marschieren, niemals, in keinem Fall, und in keiner Weise.** Von Lenin erklärte er, er halte ihn nicht nur für einen Mann von weitem Gesichtskreis und großer Willenskraft, sondern auch für einen Politiker allererster Ordnung, welcher der Wirklichkeit ins Angesicht blicke, sich niemals in Abenteuer einlassen würde und sehr gut wisse, was er könne und was er machen müsse, um die Sowjetregierung zu befestigen. Außerdem habe er die Ueberzeugung, daß es zwischen Polen und Rußland sehr bald zu einem Frieden kommen würde.

Hierzu wird aus Stockholm am 12. August den „Rosta", Wien, gedrahtet: An die russische Mission in Prag ist das Ergebnis der Verhandlungen, welche zwischen den Sowjet-Regierungsvertretern und dem Vertreter der Tschechoslowakischen Republik geführt wurden, abgegangen. Es heißt darin, daß beide Seiten sich verpflichten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Transportmitteln, sämtliche in ihrer Macht sich befindlichen Kriegsgefangenen heimzubefördern, soweit diese nicht den Wunsch äußern sollten, sich im Lande ihrer Internierung aufhalten zu wollen. Mit Einwilligung des esthnischen Staates, wird die Stadt Narwa vorübergehend als Durchgangslager für den Kriegsgefangenenaustausch bestimmt. Beide Teile tragen die Kosten des Transportes für die Heimbeförderung ihrer Kriegsgefangenen bis zu diesem Lager. Zur Beschleunigung der Heimbeförderung erhielten die Unterhandelnden das Recht zur Entsendung einer Kommission von 6 Delegierten in die Hauptstädte der unterhandelnden Staaten, welche das Recht der Exterritorialität und des freien unbehinderten Verkehrs mit ihrer Regierung, sowohl durch Kuriere, als auch mittels offener und chiffrierter Funkentelegraphie haben.

Eine Kundgebung Tschitscherins

Moskau, 18. August.

In einer Kundgebung Tschitscherins heißt es: „Die Pläne der Entente, auf Sowjetrußland einen Ueberfall zu organisieren, sind zusammengebrochen. Die englischen Arbeiter haben beschlossen, nicht nur den Krieg zu verhindern, sondern vor nichts zurückzuschrecken, um die Aufhebung der Blockade und die Anerkennung der Sowjetregierung zu erreichen. Die bayerischen Eisenbahner haben beschlossen, keine Ausrüstung für Polen durchzulassen. Die Tschechoslowakei, Südslawien, Oesterreich und sogar Amerika haben die Hilfe für Polen abgelehnt, Italien hat sich in bezug auf die russisch-polnische Frage von Frankreich und England losgelöst. Rumänien beabsichtigt nicht, gegen uns Krieg zu führen. **Trotzdem konzentriert die Entente Truppen für Polen auf den nach Galizien führenden Bahnstrecken.** Deswegen, Genossen, seid nach wie vor auf der Hut!"

Weiter wird der Behauptung entgegengetreten, daß die Rote Armee „selbständig" arbeite. Das rasche Vordringen der Roten Armee erfolge nach genau festgelegtem Plan.

Die frühere bürgerliche Stadtverwaltung in Minsk veröffentlicht auf Grund unzähliger Berichte der Geschädigten eine Denkschrift über die Grausamkeiten und Vergewaltigungen seitens der polnischen Truppen.

Beim Rückzug der Polen von Kowel wurde der Bahnhof zerstört, Maschinen, Werkstätten und Lokomotiven fortgeführt. Bei den zurückgelassenen Lokomotiven wurden die Kessel zerstört. Die Eisenbahnbrücke ist gesprengt. Die Polen ließen eine Menge brennender Kohlen zurück, die jedoch gelöscht wurden. Die umliegenden Dörfer sind größtenteils zerstört. Tausende von Flüchtlingen ziehen umher.

In Baranowitschi haben die Arbeiter mit dem Komitee der russischen kommunistischen Partei beschlossen, eine Reihe kommunistischer Arbeitstage zum Wiederaufbau des durch die Polen zerstörten Gebietes zu veranstalten.

Das hartnäckige Pole..

Amsterdam, 19. August.

Der polnische Mitarbeiter von „Evening Standard" erfährt aus guter Quelle, daß die polnischen Delegierten sich weigern der Bestimmung betreffend Entwaffnung des polnischen Heeres zuzustimmen, wenn die Russen nicht ebenfalls zur Entwaffnung übergehen. Ferner sollen die Polen nicht bereit sein, Erleichterungen für den Verkehr zwischen Rußland und Deutschland durch polnisches Gebiet zuzugestehen.

Kamenews Note

HR. London, 19. August.

„Daily Chronicle" sagt in einem Kommentar über Kamenews Note, bezüglich General Wrangels: Kamenew soll denken was er will über die anglofranzösische Politik, aber wenn er und seine Regierung ihr Land und ihre Nachbarn aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten erlösen wollen, haben die Alliierten genügend Mittel hierzu, die mehr ausrichten als eine Hetze zwischen London und Paris. Sie wissen, daß London bereit ist, ihnen zu helfen, wenn sie mit guten Absichten kommen, um einen Frieden innerhalb der angegebenen Grenzen zu erreichen, und wenn sie wirklich zu einem Ergebnis gelangen wollen, dann werden sie vernünftiger handeln, wenn sie nicht so ängstlich an ihren Methoden festhalten.

Die Friedensgarantien

Amsterdam, 19. August.

„Telegraaf" meldet aus London, daß der Vorsitzende der russischen Delegation in Minsk in seiner Eröffnungsrede erklärte, daß die Bolschewisten von den polnischen Grundbesitzern Bürgschaften verlangen müßten, die sie von den polnischen Arbeitern und Bauern nicht gefordert haben würden.

Was ist eine Gewerkschaft?

Der Pommersche Landbund hat sich, wie wir mehrfach berichtet haben, eine sogenannte Arbeitnehmergruppe, das heißt, eine vom Großagrariertum ausgehaltene Helotengarde, zugelegt. Die Abschlüsse von Tarifen für die Landarbeiter in Pommern sind zum Teil daran gescheitert, daß der Landbund diese „Arbeitnehmergruppe" als gleichberechtigten Tarifkontrahenten neben dem Landarbeiterverband in das Tarifverhältnis einschmuggeln wollte. Der Deutsche Landarbeiterverband mußte es selbstverständlich ablehnen, die gelbe Schutztruppe der Grundbesitzer als gleichwertig anzuerkennen.

Ein Vertreter der sogenannten nationalen Arbeiterorganisation, der Abgeordnete Geißler, hat nun eine Anfrage an die Regierung gerichtet, warum die Arbeitnehmergruppe des pommerschen Landbundes nicht als Gewerkschaft anerkannt wird. Darauf hat das Reichsarbeitsministerium folgende, vom Minister Dr. Brauns gezeichnete Antwort erteilt:

„Das Reichsarbeitsministerium hat der Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nicht den Charakter einer „Gewerkschaft" aberkannt. Es hatte vielmehr nur die Frage zu prüfen, ob die Arbeitnehmergruppe als eine Vereinigung von Arbeitnehmern im Sinne des § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 anzusehen sei. Als Vereinigung dieser Art können nach dem Gesetz nur Verbände mit korporativer Selbständigkeit und Beschränkung der Mitgliedschaft auf die Arbeitgeber- oder auf die Arbeitnehmerseite anerkannt werden. Die Arbeitnehmergruppe ist aber nach § 1 ihrer Satzung ein Glied des übergeordneten Landbundes, entbehrt mithin der Selbständigkeit. Die Satzungen enthalten auch keine Bestimmungen über die Pflege der Arbeitnehmer-Berufsinteressen, wie sie sonst in derartigen Satzungen üblich sind. Den in § 9 geregelten geldlichen Leistungen der Arbeitnehmergruppe an die Mitglieder stehen schließlich unverhältnismäßig niedrige Beiträge der letzteren gegenüber. Die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes kann daher als tarifvertragsfähige Arbeitnehmervereinigung im Sinne der genannten Verordnung nicht angesehen werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat aber stets eine beratende Mitwirkung der Gruppe beim Abschluß von Tarifverträgen in den Bezirken, in denen sie mit größeren Mitgliederzahlen vertreten ist, empfohlen."

Nach dieser Antwort brauchen also die Gelben nur ihr inniges organisatorisches Verhältnis mit dem Pommerschen Landbund aufzugeben und eine Scheinselbständigkeit zu erwerben, um die Anerkennung als Gewerkschaft durch den Herrn Minister zu finden. Wir sind erstaunt, daß der „Landarbeiter", Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes, dazu erklärt, daß sich diese Auffassung des Ministers mit seiner eigenen Auffassung deckt. Wir sind davon überzeugt, daß die Mehrzahl der organisierten Landarbeiter sich durch dieses wohlwollende Urteil eines Arbeitsministers nicht dazu bewegen lassen werden, eine Gemeinschaft mit den Gelben einzugehen, mögen sie sich nun mehr oder minder offen als solche bekennen.

Die Waffenschiebungen

Wie uns mitgeteilt wird, werden in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau große Mengen von Waffen, besonders Parabellumpistolen, hergestellt. Es ist jetzt in der Fabrik eine besondere Abteilung eingerichtet worden, die die bereits während des Krieges angefangenen Waffenteile weiterbearbeiten und fertigstellen soll. Die D. W. F. stellt fortgesetzt Fachleute ein, so daß der Anschein erweckt wird, als wenn die Waffenfabrikation in vollem Umfang wieder aufgenommen werden soll.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Herstellung von Waffen mit Wissen und sicher sogar im Auftrage der Behörden vorgenommen werden. Wir fragen nun: **Weiß die Regierung nicht, daß nach dem Friedensvertrag jede Herstellung von Waffen und Munition verboten ist?** Erkennt die Regierung nicht die ungeheure Gefahr in der sie das deutsche Volk mit der fortgesetzten Durchbrechung der im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen bringt? Oder werden die Waffen mit Erlaubnis der Entente angefertigt, um gegen Rußland verwandt zu werden?

Die Oeffentlichkeit hat ein Recht darauf, auf diese Fragen von der Regierung eine Antwort zu bekommen. Die Arbeiterschaft wird gut tun, nicht nur die Waffen- und Munitionstransporte zu verhindern, sondern auch die Herstellung von Waffen und Munition zu verweigern.

Riesenbrand in Triest. Seit Tagen wütet in einem Schuppen ein Brand, ohne daß es bisher gelungen wäre, das Feuer zu löschen. Die Baumwolle, die durch langes Lagern gelitten hatte, hat sich selbst entzündet. Zur Räumung des riesigen Schuppens werde ein Zeitraum von einem Monat und Hunderte von Arbeitskräften notwendig sein. Man versucht, durch Versenkung der brennenden Ballen den Feuerherd zu beschränken. Da aber dadurch Millionenwerte verloren gehen, hat das tschechische Konsulat gegen die Art der Bekämpfung des Brandes protestiert, da die Baumwolle für die Tschechoslowakei eingelagert ist. Der verursachte Schaden beträgt schon jetzt viele Millionen Lire.

Gewerkschaftliches

Eine gesprengte Funktionärversammlung des Zentralverbandes der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten hatte zu Mittwoch abend sämtliche Funktionäre zu einer Versammlung nach den Musikersälen eingeladen, um zur Frage der Beitragserhöhung Stellung zu nehmen. Vorher sollte der Rechtssozialist Kaliski über die wirtschaftliche Lage referieren. — Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Schröder, wurde durch einen Funktionär der Reichsgetreidestelle der Antrag gestellt, als ersten Punkt die Ausschlußangelegenheit der Kollegen Hirsch und Genossen auf die Tagesordnung zu setzen. Fritz Schmidt wandte sich dagegen. Dem zweifelhaften Abstimmungsresultat folgten erregte Szenen. Der Vorsitzende erteilte, weitere Meldungen zur Geschäftsordnung überhörend, einem an Stelle des verhinderten Referenten erschienenen Redner das Wort. Das löste stürmische, etwa eine halbe Stunde dauernde Erregung aus. Alle Aufforderungen, durch erneute Abstimmung die Angelegenheit zu klären, wurden vom Vorstandstisch abgelehnt. Auch die Vermittlung der Leitung der Opposition, die sich gegen die Behandlung der Ausschlußfrage in dieser Funktionärversammlung aussprechen wollte, lehnte der Vorsitzende immer wieder ab. Dadurch brachte er den größten Teil der Versammlungsbesucher gegen die Handhabung der Geschäftsordnung auf und als er einsah, daß die Anwesenden sich ohne eine erneute Abstimmung nicht zufrieden geben würden, ließ er endlich — nach halbstündiger Weigerung — erneut über den Antrag abstimmen. Das Resultat ergab bei Auszählung der Stimmen nunmehr infolge der Empörung über das diktatorische und empörende Auftreten der Leitung, eine überwältigende Mehrheit für die Behandlung der Ausschlußaffäre!

Anstatt nun dem zum Ausdruck gekommenen Mehrheitswillen der Funktionäre Folge zu leisten, erklärte der Vorsitzende daß der Vorstand es ablehne, nach Annahme des Antrages in der Versammlung zu bleiben! Das schlug dem Faß den Boden aus! Ein ungeheurer Tumult entstand, Schmähruse gegen den Vorstand und die Aufforderung zur Bildung eines Versammlungsbureaus aus der Mitte der Funktionäre wurden laut, während der Vorsitzende Schröder, sowie Nörpel und Fritz Schmidt den Saal verließen. Genosse Wolff stellte fest, daß die Opposition diesen Verlauf der Versammlung bedauere, der nur zum Schaden des Verbandes ausfallen würde. Er erklärte, daß die Opposition gegen eine Besprechung der Ausschlußangelegenheit in dieser Versammlung gewesen sei, um beim Punkt „Beitragserhöhung" grundsätzlich gegen die Politik der Geschäftsleitung Stellung zu nehmen. Dabei wäre die Möglichkeit gegeben, dem Vorstand wegen seiner reaktionären Politik das Mißtrauen auszusprechen und ihn zum Rücktritt zu zwingen! Nun habe er sich durch feige Flucht der Verantwortung entzogen! Diese offene Mißachtung der Willensäußerung der Funktionäre und die Art der Geschäftsführung könnten nicht scharf genug verurteilt werden. Dem müsse durch gemeinsames grundsätzliches Kämpfen begegnet werden. Durch das Verschwinden des Vorstandes, der sich zu verantworten haben würde, sei die Fortsetzung der Versammlung unmöglich gemacht. Er forderte daher auf, sie zu vertagen. Die Verantwortung dafür und den Schaden, den der Verband erleiden würde, falle einzig und allein auf die Kollegen Schröder und Schmidt, die die Sprengung der Versammlung veranlaßt hätten.

Nachdem noch einige Redner für und gegen eine Fortsetzung der Versammlung gesprochen hatten, verließen die Teilnehmer unter großer Erregung den Saal.

Massenentlassungen bei der Reichsbank

Wie bei anderen Reichsbehörden, sollen jetzt auch bei der Reichsbank Massenentlassungen von Angestellten vorgenommen werden. Der Betriebsrat der Reichsbank hatte deshalb zu Mittwoch eine Vollversammlung sämtlicher Angestellten einberufen. Der große Saal der Singakademie war bis zum letzten Platz gefüllt. Ein Mitglied des Betriebsrates machte die Mitteilung, daß das Reichsbankdirektorium von den bevorstehenden Massenentlassungen erst Mitteilung gemacht hatte, als sie bereits beim Direktorium beschlossene Sache waren. Bei der Gelegenheit wurde auch bekannt, daß das Reichsbankdirektorium bereits Richtlinien über die vorzunehmenden Massenentlassungen ausgearbeitet hatte. Dem Betriebsrat wurden diese Richtlinien jedoch vorenthalten. Das Direktorium begründet seine Maßnahme damit, daß durch die Verminderung des Heeres zahlreiche Militäranwärter, die vom Staat versorgt werden sollen, untergebracht werden müssen. Der Berichterstatter betonte, daß der wahre Grund der sei, daß man hofft, mit diesen Leuten ein willfähriges Beamtentum heranzuziehen. Die freie Angestelltenschaft, und ganz besonders das weibliche Personal, denen man während des Krieges nicht oft genug sagen konnte, daß es ihre Pflicht sei, ihre Arbeitskraft dem Vaterland zur Verfügung zu stellen, sind dem Reichsbankdirektorium unbequem, darum müssen sie beseitigt werden. Der Betriebsrat hat erklärt, daß er bereit ist, in Verhandlungen mit der Direktion über vorzunehmende Entlassungen einzutreten. Das käme aber nur insoweit in Frage, als es sich um etwaige Doppelexistenzen handelt oder Personen in Betracht kommen, deren Existenz bereits gesichert ist.

Eine große Empörung löste die Mitteilung aus, daß der Präsident der Reichsbank bei den Verhandlungen erklärte, „er könne keine Versorgungsanstalt für notleidende kaufmännische Angestellte schaffen". Mit Recht wies der Betriebsrat darauf hin, daß der Präsident beabsichtige, die Reichsbank zu einer Versorgungsanstalt für gediente Militärs zu machen.

Nach lebhafter Diskussion, in der auch verschiedene Organisationsvertreter der Bankangestellten sprachen, wurde eine Resolution angenommen, die sich entschieden gegen die Maßnahmen des Reichsbankdirektoriums wendet. Weiter wird in der Resolution dagegen protestiert, daß alte erfahrene Angestellte zugunsten der Militäranwärter auf die Straße gesetzt werden. Es soll darauf hingewirkt werden, daß bei den kommenden Etatberatungen die Machenschaften der Reichsbank eingehend geprüft werden.

Achtung, Betriebsräte! Im Auftrage von mehreren Obleuten ladet der Unterzeichnete die Vorsitzenden der Betriebsräte der Metallindustrie zu einer Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage zum Freitag, den 20. August, abends 6 Uhr, im „Musikalischen Fuchs", Jostystraße 7, ein. J. A.: Albert Schwarz, Vorsitzender des Betriebsrates der Knorr-Bremse.

Groß-Berlin

Gegen die Freigabe des Fleischhandels

Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Niederbarnim nahmen in ihrer Sitzung am 16. August zu der Frage der gänzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch Stellung. Eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde als verfrüht bezeichnet. Vielmehr sei Vorbedingung eine energische Förderung der Viehaufzucht. Erst auf Grund der Ergebnisse derselben sei an die vollständige Aufhebung der Zwangswirtschaft zu denken. Folgender Antrag wurde dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eingereicht:

„Dem Vernehmen nach sind die Vorberatungen in Angelegenheiten der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch bereits soweit gediehen, daß die zuständigen Stellen schon in allernächster Zeit darüber Beschluß fassen werden, ob die restlose Aufhebung für einen nahen Zeitpunkt in Aussicht genommen werden soll.

Die Möglichkeit eines baldigen, sofort gänzlich freien Handels mit Vieh und Fleisch erfüllt uns mit größter Sorge, da wir nicht in der Lage wären, die bisherige Fleischversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung auch nur annähernd aufrecht zu erhalten. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde den Fortfall des Reichszuschusses für Verbilligung des Auslandsfleisches im Gefolge haben. Wir sind außerstande, diesen Zuschuß städtischerseits zu übernehmen, da er die Gemeinden mit ungezählten Millionen belasten würde. Des ferneren würden die von uns geschlossenen Schweinemastverträge ungültig werden, da sie nur für die Zeit der Zwangswirtschaft Geltung haben. Die Lieferungen der Viehhandelsverbände sind namentlich in letzter Zeit gänzlich unzureichend gewesen, und auch die Schweinemastverträge haben nicht das erwünschte Ergebnis gehabt, da die Lieferungen von Schweinen auf Grund dieser Verträge weit hinter den Festsetzungen zurückgeblieben sind. Auch würden sich Industrien und Konservenfabriken der freien Viehbestände bemächtigen, sodaß die Städte für ihre Bevölkerung, namentlich für die minderbemittelte, nicht genügend Fleisch erhalten würden. Dieser Zustand würde sich nach und nach zur Unerträglichkeit steigern, wenn das jetzt vorhandene Schlachtvieh auf den Markt gebracht sein wird, was etwa gegen Weihnachten der Fall sein dürfte. Die Folgen wären unübersehbar, die Verantwortung dafür müssen wir ablehnen.

Der Zeitpunkt für eine gänzliche Freigabe für Vieh und Fleisch erscheint uns gegenwärtig noch viel zu früh. U. E. ist es notwendig, zunächst erst durch Beschaffung von Mastfutter und dessen Abgabe zu erschwinglichen Preisen die Viehproduktion, namentlich die Schweinezucht zu fördern. Erst dann, wenn sich der Erfolg heraus für die Bevölkerung ausnutzen läßt, kann an einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft gedacht werden.

Wir stellen daher ergebenst den Antrag, von einer gänzlichen Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch noch Abstand zu nehmen und erst durch geeignete Maßnahmen die Viehzucht, namentlich der Schweinemast, energisch zu fördern."

Trotz dieses Warnungsrufes der Vertreter einer Millionenbevölkerung hat der Volkswirtschaftsausschuß des Reichstags beschlossen, die Zwangswirtschaft für Fleisch bis spätestens 1. Oktober d. J. aufzuheben.

Sedan wird gefeiert — trotz alledem!

Gewisse Kreise sehnen sich wieder nach einem frisch-fröhlichen Krieg, nach einem Stahlbad. Sie haben an den furchtbaren materiellen und moralischen Verwüstungen des letzten Massenschlachtens noch nicht genug.

Zu diesen Kreisen gehört nach vorliegenden verbürgten Nachrichten zumindest ein Teil des Lehrerkollegiums des Mommsen-Gymnasiums in Charlottenburg. Der Gymnasialdirektor Geheimrat Dr. Alfred Przygode hat gemeinsam mit dem Lehrerkollegium als Tag des nächsten allgemeinen Schulausfluges den 2. September, Jahrestag der Schlacht bei Sedan, angesetzt. Konnte man noch an einen Zufall glauben, so wurde der letzte Zweifel an der absichtlichen Wahl dieses Tages durch die Mitteilung genommen, die Oberlehrer Walther Scheme seinen Schülern, einer Untersekunda, machte. Er sagte etwa: „In früheren Jahren war an diesem Tage eine Feier. Wir hielten es für richtig, am 50. Jahrestage der Schlacht bei Sedan den Unterricht ausfallen zu lassen."

Wie dieser Tag gefeiert werden wird, darüber besteht nach den bisher gemachten Erfahrungen für uns kein Zweifel. Recht nette Jugenderzieher, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, das heranwachsende Geschlecht auf den „Erbfeind" zu dressieren und Völkerverhetzung zu predigen.

Dem hohen Lehrerkollegium möchten wir dringend empfehlen, wenn es schon einmal auf den Krieg zu sprechen kommt, auch all die Niederträchtigkeiten, Brutalitäten und Unmenschlichkeiten des Krieges ihren Hörern vor Augen zu führen. Sollte sich das Lehrerkollegium lediglich aus Heimkriegern zusammensetzen, und konnten die Lehrer die „große Zeit" nicht in vorderster Linie erleben, wir sind gerne bereit, ihnen mit Unterlagen an die Hand zu gehen.

Wenn es sich übrigens bei dem Direktor um denselben Herrn Przygode handeln sollte, der lange Zeit während des Krieges Gent mit seiner Anwesenheit beehrte, dann wundert uns seine jetzige Haltung keineswegs.

Neukölln. Im „Neuköllner Tageblatt" beschäftigt sich der Hauptvorstand der unpolitischen Elternbeiräte mit einem von einer Versammlung sämtlicher Neuköllner Elternbeiräte gefaßten Beschluß zur Bildung eines Ortselternbeirats. In einer Versammlung am 15. April hatten es die Unpolitischen verstanden, durch Veranstaltung von Radauszenen einen gleichlautenden Antrag zu Fall zu bringen. Da ihnen dies zum zweiten Male nicht gelungen ist, operieren sie jetzt mit Verdrehungen und Verleumdungen, um damit für die Neuwahlen, die am 26. September an einigen Schulen vorgenommen werden müssen, Wähler einzufangen. Es sei deshalb hier festgestellt, daß der Beschluß zur Bildung eines Ortselternbeirats in jeder Hinsicht einwandfrei zustande gekommen ist; für ihn stimmten in der gut besuchten Versammlung die U. S. P. D.- und die S. P. D.-Elternbeiräte. Im übrigen ist das Bestehen eines Ortselternbeirats, das die Unpolitischen zu hintertreiben versuchen, eine Notwendigkeit, wenn die Elternbeiräte positive Arbeit leisten sollen.

Weil er die Ziegen retten wollte. Der 81jährige Pensionär Julius Zimmermann entdeckte Mittwoch mittag, wie die Laube seiner Zimmervermieterin in der Kolonie an der Ecke der Wisbyer und Stahlheimer Straße zu brennen anfing. Der Greis eilte trotz seiner Gebrechlichkeit in die brennende Laube, um vier Ziegen, die sich darin eingeschlossen befanden, zu retten. Als die Tiere ins Freie sprangen, riß eine herauslaufende Ziege den alten Mann um. Zimmermann stürzte in die Flammen und verbrannte bei lebendigem Leibe. Die Feuerwehr fand nur noch die verkohlte Leiche.

Von einem Geschäftswagen überfahren und getötet wurde der 6 Jahre alte Schüler Hans Löffler aus der Veteranenstraße 8. Er geriet in der Brunnenstraße vor dem Hause 175 unter die Räder eines Wagens und wurde so schwer verletzt, daß er schon bald nach der Einlieferung in das Lazaruskrankenhaus verstarb.

Entkräftet aufgefunden wurde gestern nachmittag in der Graf Rödern-Straße zu Reinickendorf eine unbekannte Frau von etwa 54 bis 56 Jahren. Sie wurde nach dem Reinickendorfer Krankenhause gebracht, wo der Arzt feststellte, daß die Frau infolge Unterernährung zusammengebrochen und das Bewußtsein verloren hat. Sie liegt noch schwer darnieder. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß, sehr schwächlich und blaß.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Freitag. Zunächst größtenteils trocken, vielfach heiter und sehr warm, bei mäßigen südlichen Winden. Später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.

Aus den Organisationen

Politische Kommission Groß-Berlin (Verbandskommission). Freitag abend 6 Uhr im bekannten Lokal.

4. Distrikt. 13. Abteilung. Die für heute angesetzte Sitzung der kommunalen Kommission, fällt wegen der stattfindenden Generalversammlung vorläufig aus.

Neukölln. Freitag alle Bezirksführer Plakate und Material abholen. Das Bureau wird um 6 Uhr geschlossen. — Sonnabend Vorstandssitzung, 7 Uhr, Parteibureau. — Die Mitglieder der Bildungskommission können am Sonnabend, von 6—7 Uhr, Eintrittskarten im Parteibureau abholen.

Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald. Sitzung des erweiterten Vorstandes in der Spedition „Freiheit", Freitag, 6 Uhr.

Wilmersdorf. Elternbeiräte, Freitag, 7½ Uhr, in der Schule, Koblenzer Str. Vortrag des Herrn Lehrer [illegible].

Vereinskalender

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Fachgruppenausschußsitzung, Elektrotechnik, Schwachstrom, Freitag, 6 Uhr, in der Geschäftsstelle des Bundes. — Fachgruppenausschußsitzung, Elektrotechnik, Starkstrom, Freitag, 6 Uhr, in der Geschäftsstelle des Bundes. — Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, am Freitag, 7 Uhr. — Die für Freitag, den 20. 8. vorgesehene Monatsversammlung der Vermessungstechniker fällt aus. Die nächste Versammlung findet am 17. September in der [illegible]straße 3 statt.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin e. V. Bezirk Wedding. Prüfung des Hauskrankenpflegekursus, Freitag, den 20., abends 7 Uhr, im Lokal, [illegible]str. 11.

Sozialistische Proletarier-Jugend Nord-Ost. Freitag, 7½ Uhr, im Lyzeum, Greifswalder Str. 25, Vortrag des Genossen R. [illegible], über 21 Monate Revolution.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". 1. In den blühenden Flämingrommeln. Abf.: Sonnabend nachm. 6.18 Schlesischer Bhf. bis Belzig. Potsdamer Bhf. 6.25 bis Neu-Babelsberg (umsteigen!). 2. [illegible]—Krummer See. Abf.: Sonntag 6.33 Görlitzer Bhf. — Letzte diesjährige Spreewaldfahrt am Sonntag, den 5. September.

Lebensmittelkalender

Charlottenburg. Billiges Schmalz für Schwerkriegsbeschädigte. Für Schwerkriegsbeschädigte, d. h. solche, die 50 Prozent und mehr erwerbsbeschränkt sind, ist der Charlottenburger Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte ein Posten Schmalz zu billigem Preise zur Verfügung gestellt worden. Bezugskarten werden bis zum 31. August d. J. in der Fürsorgestelle im Stadtschloß und für lungenkranke Kriegsbeschädigte im Cäcilienhaus, Berliner Str. 137, an den Sprechtagen, zwischen 9 und 1 Uhr, ausgegeben.

Zehlendorf. Für die Verteilungsperiode vom 16.—31. August, gelangen vom 19. bis 21. August zur Ausgabe: auf die blaugrüne Lebensmittelkarte: 1 Pfd. Haferflocken (41), 250 Gr. Kartoffelwalzmehl (42), 125 Gr. Nudeln (43); auf die blaue Zehlendorfer Lebensmittelkarte: 1 Pfd. Fruchtmarmelade (4), 250 Gr. Backobst (5); auf die Zuckerkarte: 375 Gr. Zucker.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeiner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Annahme in allen Speditionen des Verlages
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Überschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Nähmaschine, Singer 180, [illegible].

Gardinen prima Qualitäten, abgepaßte Schalgardinen, Fenster 35 bis 65.— Mark, extra Breite bis 125.— M. Riesenauswahl in Künstlergardinen (weiß, creme, bunt) Fenster (dreiteilig) 35.—, 50.— bis 165.— M. aufwärts. Bettdecken, zweibettig 58.— an, elegante Halbstores, Langstores, Gardinenstoffe äußerst billig. „Gelegenheitskäufe". Wimmer, Wichertstraße 73 I (kein Laden) am Ringbahnhof Schönhauser Allee (Fahrtvergütung).

Pelzgarnituren! Moskofüchse 110, Kreuzfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, sowie alle anderen Pelzarten, alles neu, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Jackettanzüge, Paletots nur aus erstklassigen Friedensstoffen, Maßverarbeitung verkauft zu billigen Preisen, Schnapek's Gelegenheitskäufe, Skalitzer Straße 123, Nähe Kottbuser Tor. Gesellschaftsanzüge auch leihweise.

Gardinenverkauf [illegible], Landsberger Straße 13.

Genossen! Anzüge, ebenbürtig jeder Maßarbeit, in Blaukammgarn, Twill sowie Cutaway, gestreifte Hosen, Paletots, finden Sie nur bei Burgherr, Brüder Straße 20, vorn II. 50% billiger wie im Laden.

Kinderbettstelle mit Matratze verkauft Kowalski, Brunnenstraße 103.

Unterricht

Spanisch, Englisch, Reichstein, Samoastraße 12.

Kaufmännische Privatschule Thiemann, Inhaber Gustav Senft, Reinickendorfer Str. 110 (Weddingbahnhof).

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. Anfragen „Lagerkarte 497", Briefpostamt Berlin.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 300 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Weiche, Augustr. 32a, Quergb.

Umbauplüschsofas 900.00, Chaiselongues 200.00 bis 550.00, Patentmatratzen, Auflegematratzen 10 Jahre Garantie, Walter, Stargarder Straße 18.

Fahrräder

Fahrradgummi billiger! Mäntel, Schläuche, Weinmeister-Straße vier.

Fahrradankauf, Uferstr. 19.

Werkzeuge u. Maschinen

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art wie Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen, Zangen, Handhämmer, Feilkloben, Maschinen-, Schloß- und Holzschrauben, Zentrierbohrer, Stechbeitel, Hobeleisen, Hand-, Bügel- und Stichsägen, Holzmaßstäbe, Holzraspeln, Feilen aller Art, Bohrwinden, Handbohrmaschinen, Alt-Kupfer, Messing, Lötzinn, Werkzeug- und Schnellstahl, Schmirgelleinen usw. Arthur Zwick, O. 34, Richthofenstr. 10. Tel.: Kgst. 8807. Telegr.-Adr.: Werkzeugzwick-Berlin.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse. Schulze, Friedenau, Wiesbadener Str. 6. Pfalzb. 4675.

Spiralbohrer, Höchstpreise zahlt Schlew, Neukölln, [illegible], Handjerystr. 44. Busch, Lichtenberg, Rosseſtr. 6.

Spiralbohrer, neu, kauft Buch, Kaiserin-Augusta-Allee 39, Gth. IV. Nur Nachmittag von 3—5 Uhr.

„Freie Welt"
Heft 31
Der Mutterstein
Spaß muß sein
Preis 60 Pfennig
durch jeden Straßenhändler

Spulendrähte, zweimal Seide, 0,10 0,12 0,18, kauft Feymüller, Dresdener Str. 100. Mpl. 13657.

Spiralbohrer, 200 pCt., kauft Müller, Neukölln, Pannierstr. 6, Quergeb. I.

Dynamodrähte kauft wieder laufend Stolinski, Wadzeckstraße 17-18.

Spulendrähte kauft laufend Stolinski, Wadzeckstraße 17-18 (Laden), unweit Neue Königstr.

Elektrischer Einkauf, Draht, Kabel, Litzen, Motoren, Glühlampen, sowie alle Installationswaren. Einkaufszentrale Jennerstraße 52 (Moabit 6024).

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 13, Eingang Krautstr., Laden.

Spiralbohrer kauft Lebigki, Kommandantenstr. 60.

Kaufgesuche

Installations-Material kauft jeden Posten Rothe, Rheinsberger Straße 52.

Herrenrad, Damenrad kauft Streese, Grüner Weg 18.

Leim, Schellack kauft Guse, Moabit, Waldstr. 8.

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Bleiweiß, Terpentin kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen. Handlung chemischer Produkte, Wilhelm [illegible]-Straße 28 (Kgst. 7317).

Entlassungsanzüge, Ulster, Stiefel, höchstzahlend. Wanner, Dragonerstraße 5.

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtliche Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 34.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 158, Hallesches Tor.

Pinsel, Leim, Schellack, Firnis, Bleiweiß, Wachs, Terpentin, Bindfaden kauft Pichler, Berlin O., Holzmarktstraße 16.

Ansiedelungen

Billiger geworden sind Land, Holz, Dachpappe. Parzellen Petershagen, Hohenneuendorf, teils eingezäunt, kleine Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Treitschkestraße.

Verschiedenes

Nehme die Beleidigung gegen Familie Schreier zurück. Spreßling, Dresdener Str. 31.

Achtung Mandolinenklubs! Prospekt über erstklassige Musikalien für Mandolinen-Quartett erhalten Sie kostenlos von Otto Werbe (Regina-Verlag) Neukölln, Hobrechtstraße 41.

Verteidigung, erfolgreiche in Strafsachen! Zivilprozesse, Beobachtung! Ermittelung! Ehescheidung! Alimentenklagen! Gnadengesuche! Strafaufschub! Straflöschung! Haftentlassung! Verträge! Testamente! Kostenlose Rechtsberatung! 74, Blumenstraße 74, altbekanntes Rechtsbüro! Langjährig bestehend. Sprechstunden 9—7, Sonntags 9—2.

Dauerwäsche repariert [illegible], Reichenberger Straße 7.

Haararbeiten, Bülowstr. 94.

Frackverleih-Institut Friedrichstraße 122/123, Frack-, Smoking-, Gehrock-Anzüge, für jede Figur passend, vorrätig.

Kupfer 12.—
Rotguß 10.50, Messing 8.75, Blei 3.20, Aluminium 7.50, Zink 3.—, sämtliche Späne, Quecksilber, Nickel, Zinn.
Schönhauser Allee 143

Für Altmetalle zahlt mehr als alle Händler besonders für Quecksilber u. Zinn **J. Müsch,** Metall-Engros, Blankenfelder Straße 5. Zwischen Alexanderplatz und Jannowitzbrücke.

Der **richtige Weg** für Angebot u. Nachfrage sind die Kleinen Anzeigen in der Abend-Freiheit.